

# Arbeiterstimme

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostfachsen  
Beilagen: Der rote Stern / Der kommunistische Genossenschaftler / Wirtschaftliche Rundschau / Kunst und Wissen

Bezugspreis monatlich (mit Post) 2 RM. (Halbmonatlich 1 RM.) durch die Post bezogen monatlich 2 RM. (Jahresbezugsgeld 24 RM.) Verlag: Dresden-Verlagsgesellschaft m. b. H. Dresden-2 / Geschäftsstelle u. Expedition: Oberbahnhofstr. 2 / Fernsprecher: 17250 / Postfachpost: Dresden Nr. 18600. Dresden-Verlagsgesellschaft m. b. H. Schrittleitung: Dresden-2, Oberbahnhofstr. 2 / Fernspr. Amt Dresden Nr. 17250 / Druckhandlung: Arbeiterstimme Dresden - Druckstunden der Redaktion: Wochentags 4-6 Uhr früher Dienstag u. Donnerstag

3. Jahrgang      Sonnabend, den 8. Oktober 1927      Nummer 236

## Verstärkter Katsowski-Konflikt

Frankreich fordert die sofortige Abberufung / Zusammenkunft Briand, Chamberlain und Zaleski / Neuer Balkankonflikt

### Die Abberufungs-Note übergeben

Paris, 7. Oktober. Wie der Petit Parisien mitteilt, ist die französische Note, in der die Abberufung Katsowski verlangt wird, heute nachmittag durch den französischen Botschafter in Moskau, Herbet, dem Außenkommissar Tschicherin überreicht worden.

Nach den vorliegenden Meldungen fordert Frankreich die Rückberufung Katsowski mit der Begründung, daß dies im Interesse der Aufrechterhaltung der normalen Beziehungen zwischen den beiden Ländern und im Interesse einer wirksamen Wiederaufnahme der Verhandlungen notwendig sei. Katsowski solle durch einen anderen Vertreter ersetzt werden. In Wirklichkeit handelt es sich um das Treiben der französischen Großindustrie. Die Rechtsprelle entfacht eine tolle Hehe, in der sie Katsowski die Schuld an den Marinemeutereien zuschreibt. Wir haben schon darauf hingewiesen, daß das Angebot der Sowjetregierung, die Renten zu zahlen, die Keinen Später an die Seite Rußlands gebracht hat. Nun werden von den Vertretern der französischen Regierung die Verhandlungen so geführt, daß diese zu Scheitern drohen. Mit der Entsendung Katsowski will man dem Prestige der Sowjetunion nun einen Schlag versetzen, um gleichzeitig bei den kleinen Bauern und Rentnern die Ansicht zu verbreiten, Rußland störe durch seine „Treibereien“ in der Arme und Flotte die ruhige Entwicklung und den Aufbau Frankreichs. Heute soll in Paris ein Ministerrat stattfinden, der sich mit den russisch-französischen Beziehungen beschäftigt und sich mit den Meutereien in der Marine befaßt. Der Vorstoß der Rechte wird nach diesem Ministerrat ohne Zweifel verstärkt werden.

Die unmittelbaren Gründe für den neuen Vorstoß sind vor allem in innenpolitischen Verhältnissen der französischen Rechte zu suchen. Die feste Haltung der Sowjetregierung hat die französische Rechte ermutigt, Selbst solche Blätter, wie das „Deuxième“, das Blatt der Casinogruppe, dem rechten Flügel der Kleinbürgerlichen Radikalen, stellen nach dem Interview Tschicherins mit Genehmigung fest, daß Tschicherin die französische Regierung in eine peinliche und ziemlich schwer zu behandelnde Verlegenheit gebracht habe. Der sozialistische „Populaire“ sagte wörtlich: „Endlich sehen wir klar; also Rußland will Katsowski nicht abberufen, weil der französische Botschafter

in Moskau selbst nach einer lokalen Auseinandersetzung mit Tschicherin den Zwischenfall Katsowski als geschlossen erklären mußte, und weil die russische Regierung sich nicht einer reaktionären Pressekampagne beugen will, deren offensichtlich Ziel es ist, den Abbruch der diplomatischen Beziehungen herbeizuführen. Jetzt muß unsere Regierung klar und unzweideutig sprechen. Sie kann gegen Rußland und gegen Katsowski nur vorgehen, wenn sie sich öffentlich mit der reaktionären Pressekampagne solidarisch erklärt, wenn sie offen jagt, daß sie „das Kabinett der nationalen Einheit“, die allgemeinen Interessen der Franzosen, den Sonderinteressen einiger Großkapitalisten opfert“. Diese verhältnismäßig feste Haltung der französischen Kleinbürgerpartei beweist, daß die Haltung der Sowjetunion eine breite Aktion in den Mittelschichten gefunden hat. Das gibt auch die reaktionäre Presse indirekt zu, wenn sie als Hauptanlaß zu dem neuen Vorstoß gegen Katsowski dessen „Inoffiziosität“ bezeichnet. Die letzten Vorkläufe in der Schuldentragung „gegen jeden diplomatischen Brauch“ sofort veröffentlicht zu haben, Katsowski sei als Kollaborateur des Bolschewismus aufgetreten und habe keine Rolle als Diplomat ausgespielt, indem er über den Kopf der französischen Regierung hinweg durch diese Veröffentlichung sich direkt an die Vorkläufe der russischen Vorkläufe gemandt habe.

Die neuerliche Zuspitzung des Konfliktes wird also zu großen innerfranzösischen Auseinandersetzungen führen, wenn die französische Rechte ihre Hehe weitertreibt. Bei der gegenwärtigen Lage in Frankreich kann die kommende Auseinandersetzung von der größten Tragweite werden. Es braucht nicht gesagt zu werden, daß auch außenpolitisch eine drohende Verhängung der französisch-russischen Beziehungen nicht ausgeschlossen ist. Die Poincaré-Deute werden ebenso wie die englischen Dillards zu Provokationen abdrängt, die so wenig vorauszusehen sind, wie der Kross-Einbruch nach der allgemeinen Lage vorauszusehen war.

### Das Kriegstreiber-Trio in Paris

Der englische Außenminister Chamberlain und der polnische Außenminister Joleski sind nach Paris gefahren und haben dort Unterredungen mit Briand. Diese Tatsache zeigt den Ernst des Schrittes der französischen Regierung gegen Rußland. Chamberlain und Briand werden die russischen Beziehungen besprechen. Chamberlain wird zum Gegenstoß gegen den Vorstoß Rußlands auf ein Abkommen zwischen Frankreich und Rußland, auf einen Garantievertrag für Polen auszuholen. Ein Gegenstand der Besprechungen wird auch der russisch-polnische Vertrag sein, der die Pläne Englands auf dem Balkan stört. Chamberlain äußerte sich den Journalisten gegenüber über seine letzten Genfer Eindrücke. Es ist klar, daß Chamberlain die Gelegenheit benutzen will, um die auf der letzten Genfer Konferenz zum Ausdruck gekommenen Differenzen auszugleichen, eine Front gegen Rußland herzustellen. Man wird nicht fehl gehen, wenn man diese Pariser Besprechung als eine Vorbereitung für die Novemberkonferenz ansieht. Nachdem Chamberlain in Spanien die Rette gegen Rußland um ein Glied vermehrt hat, soll jetzt die entscheidende Vorbereitung in Frankreich getroffen werden. England führt eine Gegenaktion gegen den Persienvertrag, gegen das Angebot der Garantierung der Grenzen Polens. Zu diesem Zwecke hat man Joleski mit nach Paris geholt. Bekanntlich lehnt England einer polnischen Grenzgarantie auf der letzten Völkerbundstagung starken Widerstand entgegen, einmal weil hier die Frage der Führung im Europablock stand, und zweitens, weil England Deutschland binden wollte. Auf dieser Ministerkonferenz wird man versuchen, diese Frage zu regeln. England kann dabei einen starken Druck auf Polen ausüben, weil dieses eine Anleihe von England benötigt. Polen wird das Angebot Rußlands annehmen. Jedoch ist die grundsätzliche Haltung Polens eine erbitterte Feindschaft gegen Sowjetrußland. Dann kommt hinzu, der Abschluß des Garantievertrages zwischen Polen und Rußland hängt von der Haltung Frankreichs ab.

Die Konferenz der drei Minister in Paris verfolgt nur den Zweck, eine gemeinsame Front gegen Sowjetrußland zu schaffen. England wird das Anleihenverbot Polens ausnutzen, um dieses zu Angehörigen an Vitanen zu veranlassen, damit Vitanen fester an den Antragslandblock gebunden wird. So sind diese Verhandlungen ein neuer erster Schritt auf dem Wege zum Krieg gegen Sowjetrußland. Sie rufen den imperialistischen

Krieg näher heron, als einen weiteren Schritt zum Kriege müssen sie von den Arbeitern bewertet werden.

Man muß diese Ereignisse in Verbindung bringen mit dem ungarischen Vorstoß zur Orientierung auf die Palesque-Note. Den Versuch, einen ungarisch-polnisch-rumänischen Block gegen die Sowjetunion herzustellen. Ungarn will die Revision des Vertrags von Trianon. In einer Unterredung der Vertreter der Delegation mit Tibor Schardt erklärte dieser über den Zweck des Vorstoßes unter anderem:

„So bedeutet der Weg durch Frankreich, Polen, Rumänien, Ungarn als natürliche Front gegen den Bolschewismus im Dienste der französisch-englischen Entente ein naturgegebenes Regiment, und so mußte der Welt endlich klar gemacht werden, daß Frankreichs Interessen von denen Ungarns nicht nur nicht verschieden, sondern gemeinsame sind.“

Die Kriegstreiberenglands gegen die Sowjetunion nehmen ein bedrohliches Stadium an.

Die Arbeiterschaft darf nicht zusehen, sie muß ernsthaft und aktiv die Schritte zur Gegenwehr einleiten.

### Zerung der Schulreaktionäre

Gestern trat in Dresden der deutsch-nationale Lehrertag Deutschlands zusammen. Graf Kalkreuth, der Präsident des Reichslandbundes, sprach sich in seinem Referat über Schule und Landwirtschaft dahingehend aus, daß man „auf keinen Fall in der Schule den Gedanken der Erziehung hinter den der Bildung stellen sollte, denn die fehlende Heereserziehung müßte sich irgendwie ersetzen. Auch die religiöse Unterweisung unserer Jugend sei unentbehrlich.“ Über Schule und Industrie sprach der Bergwerksdirektor Dr. Kademacher. Kyber einer guten Schulbildung der Arbeiter (natürlich zum Zweck der besseren Ausbeutung) müßte die Schule natürlich auch die Erziehung zur Disziplin und Ordnung übernehmen, ohne die ein großes Wirtschaftsunternehmen nie gedeihen kann.

### Zum Bezirksparteitag

Von Erich Reicher

Der Reichsparteitag in Essen und unser Bezirksparteitag im Februar dieses Jahres beschäftigten sich eingehend mit der Wirtschaftslage. Seit diesen Tagungen zeigt die Politik des Bürgerblocks — ganz wie von uns vorausgesehen wurde — ein härteres Tempo im Verlassen der letzten Positionen, die von der Arbeiterklasse und den wertvollen Mittelschichten noch gehalten werden. Ist die Heiligt-Regierung nichts anderes als das ausführende Organ der sächsischen Industriellen, so ist die Reichsregierung am treffendsten charakterisiert, wenn wir sie als eine Vertretung des Trust- und Agrar-Kapitals, verbündet mit den Schwarzlügen im Lager des Zentrums, ansprechen. Der Preis des Handelsgeschäftes, das Deutschnationale, Deutsche Volkspartei, Zentrum, Wirtschaftspartei und Demokraten abgeschlossen haben, ist: Stärkung des neudeutschen Imperialismus mit allen Mitteln auf Kosten der Arbeiter und der wertvollen Mittelschichten. Der Preisanteil der Partner an diesem Geschäft ist zwar verschieden. Während die Deutschnationalen im Interesse der Gutsbesitzer durch Wucherzölle auch den letzten Pfennig Brot verteuern, erstreben die Deutsche Volkspartei und die Demokraten die Vertreibung der hauptsächlichsten Industrien und damit die Preisdiktatur und Ausraubung der Verbraucher. Für die Heiligt-Regierung des Zentrums bei diesem reaktionären Tun räumt das Trust- und Agrarkapital dem Zentrum durch das geplante Reichsstaatsgesetz stärkeren Einfluß der Kirche auf die Schule und durch das in Vorbereitung befindliche Konfessionsgesetz der Kirche wirtschaftliche Vorteile im Staate ein. Die Sozialdemokratie hat bei diesem, die Arbeiterbewegung schwer schädigenden Werk keine von den Machern des Bürgerblocks ernst zu nehmende Gegenwehr bezeugt, sondern in allen Fragen nur Scheinopposition den arbeitenden Massen vorgepiegelt. Diese Behauptung läßt sich unzählige Male durch praktische Beispiele belegen. Erinnern wir in diesem Zusammenhang nur daran, daß die Sozialdemokratie die Außenpolitik, die Stresemann mit den Deutschnationalen machte, als ihre eigene reklamierte. Erinnert sei daran, daß der Reichsverband der deutschen Industrie, das ist die Spitzenorganisation der deutschen Unternehmerverbände, mit dessen politischer Vertretung die SPD in Preußen Koalitionspolitik macht, seit ihrer in Dresden 1926 abgehaltenen Tagung mit gelben Werks-Gemeinschaften experimentierte, zu dem Zweck, die sowieso schon mehr als jähmen reformistischen Gewerkschaftsgruppen von jeder Mitwirkung bei der Gestaltung der Lohn- und Arbeitsbedingungen auszuschalten. Erinnert sei auch daran, daß Hilferding auf dem Kieler Parteitag es fertig brachte, von einer steigenden Einkommensteuer, „Zerlegung und Beherrschung der Wirtschaft im allgemeinem Interesse“ durch die Arbeiter zu sprechen. Die längst abgehaltene Tagung des Reichsverbandes der deutschen Industrie in Frankfurt hat ihren seit Dresden gesteuerten Kurs nach der Berliner Börzenzeitung wie folgt verstärkt: „Nicht was die Gewerkschaften für richtig halten, nicht was die verschiedenen Parteien als wünschenswert ausgeben... kann für den Reichsverband im geringsten in Frage kommen, sondern lediglich die Antwort auf die Frage: Was ist wirtschaftlich richtig, um die deutsche Wirtschaft auf die größtmögliche Höhe zu bringen?“ Eindeutige Antwort gaben die Beschlüsse der Industriellentagung in Frankfurt. Sie wollen der vollständigen Vertreibung der Hauptindustrien die Wege ebnen, Senkung der Unternehmenssteuern und weiterer Ausbau der Sozialpolitik ist, was sie verlangen. Besonnengeachtet haben Sozialdemokraten als Redakteure wichtiger Gewerkschaftsorgane die Kartellpläne der Industriellen als Schritte „auf dem Wege zum Kollektivismus“ („Der Proletarier“ vom 17. 9. 27) begrüßt. „Der Textilarbeiter“ ging in seiner Nummer vom 18. September 1927 noch weiter. Er verlangt, daß „die innere Kraft des deutschen Arbeiters in Arbeitsenergie umgewandelt wird“, um den Vorprung der rationalisierten deutschen vor den noch nicht rationalisierten Industrien Englands, Frankreichs, Italiens, Rußlands usw. zu erhalten.

Doch der Zwangsläufigkeit der Entwicklung ist auch die herrschende Klasse unterworfen. Der Kampf der imperialistischen Mächte untereinander um den günstigsten Anteil am Weltmarkt und an den Rohstoffquellen verhärtet sich zusehends. Die Vergrößerung der Leistungsfähigkeit des Produktionsapparates und der durch die gelungene Kontrakt immer enger werdende Markt deuten eine neue Krise an, weil auf die Zuspitzung der imperialistischen Gegensätze hin. Wie recht wir hatten, als wir zu Beginn dieses Jahres von einer relativen (s. 5. teilweisen und vorübergehenden) Stabilisierung des Kapitalismus sprachen, beweist die erst vor Tagen von der Reichsbank vorgenommene Diskonterhöhung von 6 auf 7 Prozent. Die deutsche Wirtschaft horcht dank der aus dem Auslande, insbesondere aus Amerika kommenden Anleihen. Wir haben also es kurz zu nennen, eine ausgeprägte Bumpwirtschaft. Die in Deutschland gegenwärtig herrschende Konjunkturwelle ist demzufolge nur als Episode anzuspüren.

Stelle bei  
Arbeits-  
tal  
ern Nr. 695  
28 Lehrstellen  
nten  
se!  
er  
SKOF  
end u. Sonntag  
LL  
und 13  
hof-Loschwitz  
40 125  
nen, Pirm  
nntag  
allschan  
großer schau  
en / Kegeln  
Eckert und Fra  
estaurant  
iter-Sportler  
u. Frau, Dem  
Blick  
des Pirm  
ab 4 1/2 Uhr  
er Ball  
ische Unterhalt  
rtung  
aldan und Frau  
Börse, Pirm  
gemutlicher  
alt  
rwin Riedel  
am Brauer  
eine Lokalb  
ich, Reichenber  
Am Weinberg  
Gast- und Ver  
beverkehr  
Hans Radob  
öffnung  
N.  
Neue Revier  
und Ver  
Müller und  
toren  
Buchbindere  
rembern  
biody  
burgt  
hali  
en  
denlich  
ahl bietet  
eitung  
2/3003